

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 12.

Die Zeitung erscheint alle zweiten Tage Sonntags, Dienstags, Mittwoch, Freitag und Samstag. Preis pro Exemplar durch die Post bezogen werden. Abonnement in die Fortsetzung für 1000.

Hannover
Sonntag, 15. Juni 1901.

Gesamtkosten pro Exemplar. Zeile über
diesen Kosten 25 Pf., für Schriften 15 Pf.
Sonder-Annahme 10 Pf. Subskription:
Schriftr. 5. Verlag: Röhlisch. 46.

10. Jahrg.

Die Zucker-Industriellen gegen den Arbeiterinnenzug.

Nicht genug damit, daß der Zucker durch den Ring der Fabrikanten in geradezu wucherischer Weise vertheuerlt wird, sind die Zucker-Industriellen auch von jeher bemüht, die Arbeiter durch überlange Arbeitszeit und miserable Bezahlung auszubeuten. Zu diesem Zweck ziehen sie während der Kampagne Armeen von Sachsgängern als Bündelnder heran und beschäftigen namentlich Arbeiterinnen, ohne Rücksicht, ob die von diesen geforderte Thätigkeit sie gesundheitlich erträgt oder nicht. Unter den 75 000 Sachsgängern, die als jährlich aus Polen, Westpreußen, Schlesien, Pommern, Ostholstein und Galizien in die Zuckersfabriken wandern, befanden sich oft an zwei Dritteln Arbeitinnen!

Als 1891 im Entwurf zur Gewerbe-Ordnung für die Arbeiterinnen der elfstündige Arbeitstag und das Verbot der Nachtarbeit vorgeschlagen wurde, waren es besonders die Zuckersfabrikanten, die darüber in helle Entrüstung gerieten. Unzählige bombardirten sie den Bundesrat mit Petitionen und erreichten es auch, daß das Verbot der Nachtarbeit für die Zuckersfabriken erst vom 1. April 1898 in Kraft trat, während es für andere Industrien bereits vom 1. April 1892, also 6 Jahre früher, Geltung erlangt hatte. Und noch 1898 forderte der Verein der deutschen Zuckerverindustrie vom Bundesrat, daß die Erlaubnis der Nachtarbeit "vörläufig noch auf mindestens fünf Jahre verlängert werde". Das war aber dem Bundesrat doch zu arg und die dreiste Zumutung wurde abgeschlägig bezeichnet.

Zest rastet sich die Zuckersfabrikanten abermals am eine seitens des Bundesraths geplante Verbesserung des Schutzes der Arbeiterinnen zu Fall zu bringen oder wenigstens hinauszuschieben. Wie in der Generalversammlung des Vereins der deutschen Zuckerverindustrie am 21. Mai mitgetheilt wurde, will der Bundesrat eine Verordnung erlassen, daß vom 1. April 1902 ab Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter nicht mehr zur Bedienung der Rübenschwämme, der Rübenschüschen und der Fahrstühle, sowie zum Transport der Rübenschüsse in schwer fortzubewegenden Wagen beschäftigt werden sollen.

Es sind dies Arbeiten, die dem weiblichen Organismus besonders gesundheitsschädlich sind, weil sie eine fram machende Körperhaltung, Aufenthalt in nassen Räumen und Überanstrengung erfordern.

Der Generalversammlung wurde vom Vorstand des Vereins mitgetheilt, er werde bei der Regierung vorstellig werden, daß der bisherige Zustand erhalten bleibt! Die unersättliche Habgier der Zuckerverindustriellen will also nach wie vor die Arbeiterinnen rücksichtslos ausnutzen! Dabei unterscheiden sich manche Fabrikanten noch jetzt nicht um das seit 1898 bestehende Verbot der Nachtarbeit der Arbeiterinnen. Da die gerichtlichen Strafen lächerlich niedrig ausfallen, ist dies freilich kein Wunder. So wurde nach dem Bericht des Gewerbeaussichtsbeamten für Merseburg von 1900 der Direktor einer Zuckersfabrik, welcher nichts in regelmäßiger Abfahrt je 3 Arbeiterinnen beschäftigte, mit nur 10 Pf. bestraft! Und in wie wenigen Betrieben ist es den Beamten möglich, festzustellen, ob Gesetzesübertretungen stattfinden! Bei den Fleischtag-Berhandlungen über die Berichte der Gewerbe-Aussichtsbeamten und über den Zuckerzweig ist seitens der sozialdemokratischen Fraktion fast Jahr für Jahr auf die traurige Lage der Arbeiter und namentlich der Arbeiterinnen in dieser den Unternehmern so extragreichen Industrie hingewiesen und ausreichenderer Schutz verlangt worden. Nun, wo der Bundesrat endlich diesen berechtigten Forderungen Rechnung tragen will, beabsichtigen die Zuckerverindustriellen wohl nach dem berühmten Muster des Zentralverbandes der Industriellen und des Verbands der Bau-Unternehmer diesen Fortschritt des Arbeiterinnen-Schutzes zu hinterziehen. Es wird sich ja bald zeigen, ob der Bundesrat sich von den Zuckerverindustriellen mürbe machen und sein bisschen sozial-reformistisches Wollen wieder vereiteln läßt!

Ein „Eldorado“ für Arbeiter.

Überaus traurige, verbessерungsbedürftige Zustände herrschen in den „Deutschen Solvay-Werken“ A.-G. Bernburg, sowohl bezüglich der Arbeitszeit, des Lohnes, als auch der Behandlung. Würde Einigkeit

unter den etwa 800 Arbeitern herrschen, hätte schon Manches gebessert werden können. Die Arbeiter, die in den Fabriken bei der Sodaerstellung beschäftigt sind, haben eine 12 stündige Arbeitszeit. Beim Schichtwechsel, es wechselt Tag- und Nachtarbeit, haben die Arbeiter achtzehn Stunden ununterbrochen zu arbeiten bei einem Schichtlohn von sage und schreibe 2,75 Mark; dabei der ungeheure Dünkt, die Hitze und der Gestank! Die Blazarbeiter haben zehnständige Arbeitszeit und einen Tagelohn von 2,40 bis 2,60 Mark. Dabei sehen die Arbeiter, die in den Abzugsläden, die nach den Schloten führen, arbeiten, in ein paar Minuten aus wie die Essentherer; vom dichten Staub umwirbelt, daß sie kaum sehn können und den sie in nicht kleinen Portionen einatmen müssen. Zu Allem dann noch die fast slavische Abhängigkeit!

Die Arbeiter müssen sich neben ihrer schweren, langen, gesundheitsschädlichen Arbeit bei miserabler Entlohnung die Beilegung mancher Titulation, die nicht „Krieg's Umgang mit Menschen“, sondern weit eher „Brehm's Thierleben“ entnommen zu sein scheinen, gefallen lassen; aber wehe ihnen, wagen sie den geringsten Einwand gegenüber irgend welchen Anordnungen. Vor einigen Tagen wurde kurz vor Feierabend fünf Arbeitern aufgetragen, noch eine Portion Kohlen mehr herbeizuschaffen. Im ersten Augenblick weigerten sich dieselben, da sie der Meinung waren, daß ihre Arbeitszeit ohnehin viel zu lang sei, die man durch Überarbeit wahrlieb nicht noch weiter auszudehnen brauche, führten dann aber trotzdem die Arbeit aus. Am anderen Morgen erhielten sie zum Abschluß die Entlöhnung. Durch angebaute Verhandlungen wurde diese Wochenhöhe zwar wieder rückgängig gemacht, aber zunächst war doch den Leuten zu Gemüte geführt, daß sie nur und bedingt geglückt zu gehorchen haben.

Noch „angenehmer“ ist die Beschäftigung in der zu den Werken gehörigen Chromfabrik, in der etwa 130 Arbeiter beschäftigt sind. Zwar ist hier, auf Grund der Bestimmungen der Gewerbeordnung rücksichtlich gesundheitsschädlicher Betriebe, der Achtstundentag oder richtiger Achtstunden-Schicht eingeführt. Die Arbeiter arbeiten in 3 Gangen, wodurch der Betrieb ein ununterbrochener wird, von Morgens 6 bis 2 Uhr, von 2 bis 10 und von 10 bis 6 Uhr. Auch werden Arbeitsanläufe von der Betriebsleitung gestellt, das ist aber auch alles.

Brausebäder sind in genügender Anzahl vorhanden, jedoch leider meistens in einem Zustande, daß sie nicht oder nur teilweise benutzt werden können. Werden sonst in industriellen Betrieben bei Annahme von Arbeitern junge Kräfte bevorzugt, so hier umgekehrt. Unter 40 Jahren wird Niemand engagiert. Diese Maßnahme der Direction ist jedoch nur getroffen, „der Roth gehorchend, nicht dem eigenen Triebe“.

Als nämlich vor einigen Jahren junge Leute von dieser Fabrik zur Aushebung zum Militär sich stellten, mußten sie als untauglich zurückgewiesen werden, dermaßen war ihre Gesundheit ruiniert. Besonders fiel es auf, daß die Menschen sieben und die Achtjahre total zerfressen waren. Daraufhin wurde auf Intervention der Militärbehörde nicht etwa diese gesundheitsschädliche Fabrikation untersagt oder weitergehende Bestimmungen zum Schutze für die Arbeiter erlassen, sondern — den Arbeitern, so lange sie militärfähig, einerlei zum aktiven Dienst, zur Reserve oder zur Bandmeht, die Beschäftigung in diesen Betrieben verboten. Durch dieses Verbot ist unseres Erachtens zweitlei bewiesen: erstens, daß bei längerer Beschäftigung unweigerlich die Gesundheit untergraben und vernichtet wird; zweitens, daß bei diesem Verbot einzig und allein das Interesse des Staates bezüglich der Wehrfähigkeit der Arbeiter maßgebend war und keine Rücksicht obwalte bezüglich des rein menschlichen, des Persönlichkeitssinteresses des Arbeiters. Ist die Zeit verstrichen, da er als Person, als Mann und Soldat Pflichten gegen den Militärstaat hatte, hört auch dessen Fürsorge für ihn auf.

Außer den schon geschilderten dauernden Gesundheitsschädigungen haben die Arbeiter, namentlich neu eingetretene, oft unter dem so unangenehmen „Chromauschlag“ zu leiden. Kein Wunder. Begegnet wird man sich die ganze Art der Fabrikation; da wird zunächst das Chromat, Soda und Kalk gemahlen, dann gewischt, gebraunt, mit Wasser gelöst, gepreßt, die Lösung mit Schwefelsäure vermischt. Diese Mischung

wird gelocht, bis sie dick geworden, und darnach fein gemahlen und in Fässer von 9–10 Centner verpackt. Demnach kann man sich vorstellen, in welchem Dunst und Staub, scharem, fressendem Staub und Dunst, die Arbeiter schaffen müssen. Einen eigenartigen Anblick gewähren diese Arbeitsszenen bei ihrer Beschäftigung. Die ursprünglich weißen Anzüge bei dieser Farbe nicht lange, bald sind sie über und über mit gelben und rothen Flecken und Streifen bedekt. Nase und Ohren sind mit Watte fest verstopft, mitunter sämtliche Finger verbunden. Bei der geringsten Verlehrung müssen Verbände angelegt werden, um nicht durch die Berührung mit den Chromaten hässliche Entzündungen oder gar Blutergüsse hervorzurufen. Zur Anlegung der Verbände sind zwei Heilgehilfen angestellt (die 12 Stunden arbeiten müssen), die oft in einem Tage 5–600 Verbände anzulegen haben. Bei den Mahlzeiten müssen nämlich dieselben erneuert werden. Bei dieser mörderischen Arbeit erhalten die Arbeiter pro Tag 2,75 Mark.

Wir sind der Meinung, wenn man solche ungesehene Beschäftigung nicht verbieten will, so wäre die Gesellschaft wenigstens verpflichtet, Alles zu thun, um die Arbeiter so viel wie irgend möglich widerstandsfähig den verderblichen Einflüssen einer solchen Beschäftigung gegenüber zu machen. Das ist doch aber nicht nur möglich durch Reduzierung der Frohnzeit, größtmögliche Sauberkeit (woran es hier ja auch mangelt, wenn die Brausebäder nicht funktionieren) und allerlei Schuhvorkehrungen, sondern vor Allem durch auskömmlichen, reichlichen Lohn, der eine gute, ausreichende Ernährung ermöglicht. Dazu reichen lediglich 2,75 bis 3 Mark leineswegs, umso weniger, wenn man bedenkt, daß nur vom 40. Lebensjahr ab an Leute eingestellt werden, die doch fast ausnahmslos eine Familie ernähren sollen. Zu all diesen „Annehmlichkeiten“ werden den Leuten dann noch zu allem Überschluß „Kosenamen“, wie „Schafskopf“, „Lumpenpac“ u. s. w. beigelegt.

Hören wir einmal etwas über den Profit, den die Solvaywerke machen. Sie haben im Laufe der Jahre bei einem Aktienkapital von 10 Millionen Mark einen Reservesfonds von 27½ Millionen Mark angehäuft und daneben noch zahlreiche Ansagen aus den Profiten bezahlt. Das Werk repräsentirt also den vielfachen Wert des Aktienkapitals. Dabei sind die Dividenden, die zur Auszahlung gelangten, immer sehr hoch gewesen. Im Jahre 1900 betrug der Gewinn nach Abzug der Umlosten und Abschreibungen der einzelnen Werke 7 100 000 Mk., im Jahre 1899 7 167 534 Mk., dazu kommt noch ein Zinsenertrag angelegter Kapitalien von 192 771 Mk., der im Jahre 1900 gewonnen wurde. Der Reingewinn belief sich auf mehr als 66 Prozent des Aktienkapitals. Grandiose Geschäfte! Wahrschlich, es wäre an der Zeit, die Organisation so auszubauen, um baldmöglichst kraft derselben gründlich Wandel zu schaffen. Hoffen wir, daß die Kollegen die Zeit der wirtschaftlichen Depression, diese Zeit des wirtschaftlichen Waffenstillstandes, soweit Vorsorge oder derungen in Frage kommen, benutzen, um ihre Organisation so auszubauen, daß dieselbe bei Einschaltung einer günstigen Geschäftsweltkunst ihnen bei ihrem Streben nach Abstellung aller Missstände den nötigen Rückhalt gewähren kann.

Bonise Zieg.

Vom sozialen Kampfplatze.

— In Hörburg ließ die Gummifabrik von ihren Arbeiterinnen folgenden famosen Kontrakt unterschreiben:

Die Arbeiterin tritt bei der Aktiengesellschaft Vereinigte Gummiwaren-Fabriken Hörburg-Bien,

Hörburg a. E., für das halbe Jahr vom bis 19 in Arbeit.

Das Arbeitsverhältnis läuft jedesmal stillschweigend auf ein halbes Jahr weiter, wenn es nicht drei Tage vor Ablauf aufgelöst ist.

Während der Belegschaft, die bis zu vier Wochen nach dem Dienstantritte sich erstreckt, kann die Arbeiterin jederzeit dann entlassen werden, wenn sie entweder nicht die Fähigkeit hat, die aufgetragenen Arbeiten ordnungsmäßig auszuführen, oder sich als träge erwiesst.

Wird sie aus dem erlangten Grunde entlassen und will sie nach jener Fähigkeit zurückkehren, so wird ihr von der Arbeitgeberin eine Fahrtkarte vierter Klasse nach ausgehändigt.

Während der Belegschaft erhält die Arbeiterin einen festen Lohn von 1,50 Mk. pro Tag. Alsdann kommt die Arbeiterin

in Alford und vergrößert sich der Arbeitsverdienst je nach Erhöhung des Gehalts und Gehaltsfülligkeit bis zu 3,40 Pf. pro Tag.

Im Übrigen ist für das Arbeitsverhältnis die Fabrikordnung der Arbeitgeberin maßgebend. Dieser Vertrag bleibt auch dann in Kraft, wenn ein Streitfall zur Fabrikordnung oder eine neue Fabrikordnung erlassen werden sollte.

Vorstehender besonderer Vertrag ist von der Arbeitgeberin mit dem Betriebsrat unterzeichnet, den von der Arbeitgeberin geleistete Reiseverluste von 10.000 Mark in wöchentlichen Raten einer Marke zurückzuzahlen.

Die Wochenraten kann vom Sohn einbehält werden.

Also die Arbeitnehmerinnen können während der Lehrzeit jeder Zeit entlassen werden, während sie selbst entsprechende Rechte nicht haben. Im Gegensatz, die Arbeitnehmerinnen müssen sich verpflichten, ein halbes Jahr auf der Fabrik in Arbeit zu bleiben. Das widerspricht dem klaren Wortlaut der Gewerbeordnung! Zu dumm ist die Behauptung, daß die Arbeitnehmerinnen einen Tagelohn von 3,40 Pf. verdienen können! Wenn Arbeitnehmerinnen, die 15 Jahre auf der Fabrik tätig waren, es nicht so weit bringen könnten, 3,40 Pf. pro Tag zu verdienen, wie sollen dann die Neulinge dazu kommen? Die Gummiraffinerie glaubt auch sicher selbst nicht an diese Großraffinerien, denn sonst hätte sie es sich nicht entgehen lassen, in ihren großen Inseraten darauf hinzuweisen. Der ganze Konsort ist darauf berechnet, die Arbeitnehmerinnen an die Fabrik zu fesseln.

In liebenswürdigster Weise sorgt die Polizei dafür, daß den Arbeitswilligen kein Schaden geschieht. Am Freitagabend geleitete sie so ein Dutzend Arbeitnehmerinnen zur Kirche. Besuchte man einen ernsten Zusammenstoß mit den Streikenden? Liebertriebene Sorge! Die Streikenden vergreifen sich an den Arbeitswilligen nicht; von dieser Seite droht den Letzteren keine Gefahr für Leben und Gesundheit. Vielmehr scheint uns Leben und Gesundheit der Arbeiter und Arbeitnehmer bedroht zu sein, die in der Baracke kampieren müssen. Wir können nichts Anderes denken, als daß diese „Fabrikwohnungen“ Reinkulturen für rheumatische Leiden und andere Krankheiten sind. Der Barackenbau grenzt unmittelbar an einen Wasserlauf, der mit den Abwässern der verschiedenen Fabriken angefüllt ist und sicher dazu beiträgt, daß das ganze Gelände feucht ist. Das umso mehr, als man dessen Fundament und der immerhin ½ Meter hohen Grundmauer die nötige Zeit zum Trocknen nicht gelassen hat. Während sonst Bauten, wenn sie im Rohbau fertig sind, Wochen, ja Monate lang stehen müssen, bis bei den Innenausbau begonnen werden kann, sind die Baracken so rasch bezogen worden, daß man eigentlich billiger Weise bezweisen könnte, ob der zu den Grundmauern verwandte Mörtel trocken und binden könnte. Zu all dem kommt noch hinzu, daß in der Nähe dieser „Wohnungen“ sich das Benzin- und Napthalager der Fabrik befindet. Benzin und Naptha sind feuergefährliche explosive Stoffe! Uns düst, den hier untergebrachten Arbeitnehmerinnen und Arbeitern drohen ernste Gefahren für Leben und Gesundheit, und wir waren so frei, den Herrn Fabrik-Inspektor zu ersuchen, diese „Wohnungen“ einer Inspektion zu unterziehen, darauf hin, ob sie den berechtigten Ansprüchen auf Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter Rechnung tragen und ob sie den Geboten der Sittlichkeit entsprechen!

Erstaunlich hat auch die „Raddwelt“ einen Artikel aus der Wilsdruffer Straße bezogen, in dem das blöde Geschwafel über die Ursache des Streiks aufs Neue aufgestimmt wird. Es wird behauptet, die Arbeitnehmer forderten eine Lohnherhöhung von 20 bis 25 Prozent. Die sozialdemokratische Parteileitung habe die Versammlung entbernt. Die Kommission habe ein Doppelspiel getrieben, den Arbeitern gegenüber das Entgegenkommen der Fabrikleitung verschwiegen und abgelenkt. Sozialdemokratische Führer hätten versucht, die Arbeiter in den zentralen Linden und Wiesen-Bimpasing in den Streik zu ziehen, natürlich erfolglos, und so weiter. Die „Sachkenntnis“ des Artiklers wird am besten durch eine Behauptung bewiesen, daß es sich bei diesem Zustand nicht um einen Lohnkampf handelt, sondern um einen Versuch der Sozialdemokratie, in dem ihr bisher verschlossenen Gefüge der Gummifabrik festzustellen zu wollen. Heiliger Scheiß! Hat der Mensch Ahnung, wieviel Stimmen die Sozialdemokratie aus der Gummifabrik erhält! Um diese zu vermischen, veranlaßt die Sozialdemokratie einen Streik der Gummiarbeiterinnen? Um der Sozialdemokratie angeblich einen parteipolitischen Vortheil zu ermöglichen? Um wir einfalls hunderttausend Pfund? Das ist der Geist!

Doch „Die Raddwelt“ das Gesicht abdrückt, ist nicht zu verwundern. Besteht doch zwischen den Belegschaften fabrikirenden Fabriken, den früher bezahlten Stellvertretern und diesen Blättern eine so innige Interessenvereinigung.

Stich wird verhindert, der Streit ist beendet. Der Fried ist her! Soß doch damit in den Reisenzählermätern der Gummifabrik erwidert werden, die Fabrik sei in der Lage, um dem jetzigen Personal dieselben Qualitäten zu leisten. Keiner Konsort, keine Schläue, einer Konsort!

In der Gummifabrik Harburg-Wien (Betrieb 1900, Betriebsrat) hat die technische Abteilung eine Arbeitsordnung erhalten; aber: „Fragt mich nicht weiter!“ Die Gummifabrik ist nämlich auch nicht weiter nach dem bestreiten Vertrag, obzwar

durchsetzen sollten, da eine kleine Lohnherhöhung stattfindet. Wenn 70 Mitglieder seien jetzt vorhanden, so ist dies bestimmt, die Spartenverfassung und Deputationsordnung bestehen. Die Mitglieder müssen fort zur freien Wahl. Diese hat eben keinen Aussichts, das Mitglieder zu verzögern, jetzt an 100 Deputaten, doch nur die Deputationsordnung überall sehr groß; und ist doch ein großer Wahlkreis vorhanden, da allein 3000 Mann auf den Wahlkreis beschäftigt sind, wodurch nur ca. 300 Deputierte aller Branchen zu verzögern sind. Daß es sich in der Deputationsversammlung sehr viel Besprechungen gemacht, die Zahl der Mitglieder ist in kurzer Zeit um das Doppelte gewachsen, jetzt ca. 150 Mitglieder. Dann wird von Blankenburg berichtet, daß auch Sohnbewegungen dadurch vorgenommen sind und durch Verhandlungen eine Sohnabsicherung erzielt, aber durch die Laufzeit der Kollegen wieder verloren gegangen ist. Die Mitglieder müssen auch knapp aufgeholt arbeiten und ist es auch dadurch mit gekommen, daß die um Blankenburg liegenden Orte jetzt Deputaten haben. Der Wahlkreis besteht aus 100 Deputierten, um über die tägliche Agitation bestellt; und die Deputationsordnung ist leicht zu machen. Von Odenberg wird gestagt über die plausiblen Wahlkreisbestrebungen bestellt, sodass die Kollegen sich ein Wahl durch Kontakt gehalten haben; aber auch hierbei hat der Wirth ihnen verboten werden zu gehen. Ca. 50 Mitglieder sind vorhanden und ist der Sohn auch etwas aufgedeckt worden, verdeckt durch das sozialistische Verhalten der Kollegen. – Inzwischen ist es 1½ Uhr geworden und wird bestellt, eine 1½ stündige Mittagspause einzulegen zu lassen. Bei Beginn der Nachmittagsverhandlungen wird bekannt gegeben, daß Sonnabende zum Sohn gehörigen Zahlstellen vertreten sind. Sodann wird in der Berichtigung fortgeführt. Zumal berichtet der Deputierte von Schlesien, daß dort der Abgang der Mitglieder fast ist. Die Arbeitszeit ist von 11 auf 10 Stunden verändert und auch der Sohn ist etwas aufgedeckt worden. Von Lübeck wird über die Vereinsmeierei berichtet, daß sie gestagt. Von Salzwedel würde dieselbe gefordert, um dem Werkende zu schaden. Der Deputierte von Brandenburg sagt über den Indifferenzismus bestellt und berichtet davon über die sozialen Schwerpunktversammlungen im Steinberg der Firma May Wiegert. Siehe Landt wünscht spätestens Unterstützung des Gauvorstandes, weil auch dort die Laufzeit groß sei. Von Helmstedt berichtet der Deputierte, daß der Rückgang des Mitgliedsbestandes darauf zurückzuführen sei, daß jetzt dort mehrere Verbände bestanden, deren Mitglieder teilweise früher bei uns waren. Der Deputierte sagt ferner, daß der Verbandsvorstand nicht nach dort gekommen sei. In der jetzt folgenden General-Diskussion giebt Pletsch, Schönigen, den Helmstedtern die Schuld, wenn dies nicht gekommen sei. Fichte, Helmstedt, weiß den Vorwurf zurück. Er sieht dort völlig allein in der Agitation. Ohlendorf lädt die Berichte der Zahlstellen Revue passieren und warnt vor zu früher Selbstständigmachung der kleinen Zahlstellen. Es wäre besser, wenn dieselben sich den größeren anschließen, bis sie selbst sozialfähig seien. Die jetzt folgende Diskussion dreht sich hauptsächlich um die Punkte Agitation und Organisation. Zwei Vorträge von Wolsendorf und Helmstedt sind eingegangen, die sich auf Agitation beziehen, und sich gegenseitig vollständig decken. Wolsendorf will zu jeder Versammlung einen Referenten, während Helmstedt im Frühjahr und zum Herbst einen solchen verlangt. Auch längerer Deputat wird es dem Gauvorstand überlassen, und das Berichten entsprochen, daß dieselbe nach Möglichkeit, wie bisher, Referenten schicken werde. Nach vorhergegangener Debatte wird ferner beschlossen, die Frau Biehler zu einer Agitationssitzung durch den Gau zu bestellen, zu Erfurt August, und wurde bestellt, wenn auch im Allgemeinen vor Jahrestag bestimmt, welche größere Touren nicht mehr machen zu lassen, so habe sich doch ergeben, daß einzelne organisierte Versammlungen im Vergleich dazu noch besser kommen. Bei der weiteren Besprechung der Organisation steht Bonn-Braunschweig auch auf den Werth der Arbeitspresse hin und fordert auf, auch in der Hinsicht immer mehr zu thun, da unsere Presse vor allen Dingen dazu berufen sei, den Indifferenzismus zu bekämpfen. Die Verhandlungen sind hiermit erledigt. In mein Schlusswort betont der Vorsitzende, wenn sich auch viele Schwierigkeiten, wie sich gezeigt hätte, uns in der Agitation entgegenstellen, so hätten wir doch einen guten Schritt vorwärts gethan; und für Stück müsse doch höchstens vom Indifferenzismus abröcken, wenn wir auf den Sohn seien. Derselbe bestellt dann noch auf, anderer Streitkräfte zu geben, da sich eine große Anzahl unserer Kollegen im Auslande befinden. Als Ort der nächsten Konferenz wird Helmstedt gewählt. Ein Antrag Bonn, mit jeder Konferenz, wenn möglich, eine Agitationsversammlung zu verbinden, wird angenommen. Hierauf schließt der Vorsitzende mit einem „Hats“ auf unsere Organisation die Konferenz.

Polizeiliches, Gerichtliches.

Wegen Streikpostenstreiks wurde verloste Woche von dem Schöffengericht zu Harburg eine Kollegin zu 20 Pf. Geldstrafe eventuell 5 Tagen Haft verurtheilt. Die Angeklagte, welche zu den streikenden Gummirbeiterinnen gehört, soll am 7. Mai vor dem Fabrikgebäude in verlehrte beinträchtigender Weise gestanden und der Aufrufung eines Beamten zum Weitergehen nicht Folge geleistet haben!

Gau 2.

Zu Pfingsten trat die letzte Konferenz in Blankenburg am Gau. Den Bericht über die Thätigkeit des Gauvorstandes erstattete Kollege Ohlendorf-Braunschweig. Auf der 1. Konferenz, die 1899 in Braunschweig trat, waren 7 Zahlstellen durch 7 Deputierte vertreten, auf der 1900 in Schönigen tagenden waren 10 Deputierte anwesend, die 10 Zahlstellen vertreten. In der Zeit, auf welche sich der Bericht erstreckt, sei die Agitation eine sehr rege gewesen. Es wurde verucht, Zahlstellen zu gründen in Königslutter, Langelsheim, Seesen und Stadtoldendorf, leider bis jetzt ohne Erfolg; neu gegründet wurden dagegen die Zahlstellen Holenberg, Holzen, Hohfelden und Braunschweig, die beiden letzten Gründungen sind hauptsächlich den Blankenburger Kollegen mit zu verdanken. Zur Zeit bestehen 16 Zahlstellen im Gau 2. In Wolsendorf wurde auf Anregung des Gauvorstandes eine größere Agitation entfaltet und mit Erfolg durchgeführt. Da Helmstedt legt die Agitation in wichtigen Orten. Dezentrale Versammlungen haben 24 stattgefunden, außerdem waren Mitglieder des Gauvorstandes zur Regelung von Organisations-Angemessenheiten in verschiedenen Orten. Bei 2000er Sohnversammlungen in Braunschweig war der Bericht der Gauvorstandes mit thätig, dieselben zu Gunsten der Kollegen beizutragen, welches auch fast ausschließlich gelungen ist. Der kirchliche Verkehr mit den einzelnen Orten war auch ein sehr reger; er erstreckte sich auf 27 Orte. Es gingen vom Gauvorstand aus 113 Briefe und Karten, 15 Badekarte und 34 Druckschriften. Es gingen ein 33 Briefe und Karten. Die Zahl der Mitglieder im Gau ist von 1450 auf 1928 gestiegen, darunter sind 143 weibliche Mitglieder. Nachfragen finden 9 in 3 Orten vorgenommen. Bibliotheken stehen den Mitgliedern in 8 Orten zur Verfügung. Bei den vom Gau-Vorstandsenden verfeindeten Fragebogen ist zu sagen, daß diejenigen, die diese nicht ausfüllten, dies wußten höchstens in Zukunft besser werden, damit wir sie von den Beschäftigten jener Zahlstellen informiert seien; es sei das im Interesse der Agitation unabdingbar notwendig. Ein großes Arbeitshilfespende aus noch offen, über 60 Orten mit ca. 1000 Einwohnern hätten noch keine Zahlstellen unseres Verbandes, hier müsse der Hebel angesetzt werden. Hierzu verfasst der Präses den Römerbericht, der jedoch besteht mit einer Einnahme von 229,28 Pf. und einer Ausgabe von 172,88 Pf. ab, sodass 66,40 Pf. als Römerbericht verbleiben. Angemessene Zusicherungen wurden der Gauvorstand aus von Holzminden (4,80 Pf.) gemacht. Dem Römer wurde dann Entlastung ertheilt. Hierauf erfolgte der Bericht der Deputierten.

Der Deputierte von Sachsen-Anhalt legt über den Bericht des Römerberichts, wenn auch innerhalb gute Fortschritte gemacht seien, ferner seien die Mitglieder-Sitzungen, wenn man die Zahl der Mitglieder in Betracht ziehe, schwach besucht gewesen. Stattet bestreitet dann noch die inneren Zahlstellen, die weder auf Bauten arbeitenden Kollegen mit den Bewerbern haben. — Der Deputierte von Sachsen-Anhalt legt über die schlechten Lohnverhältnisse (1,50 bis 2 Pf.) die, seit der letzten Agitationssitzung genommenen Mitglieder seien nicht durch Erhöhung der Arbeitszeit wieder ausgetreten. Sozialdemokratische seien an der Tagesordnung, trotzdem mache aber die Sozialdemokratie noch nicht weiter. — Ein Schreiben wurde berichtet, daß auch die Sozialdemokratie gegen die Sozialdemokratie bestellt ist, da 2000 Mitglieder waren früher vorhanden, dieser Verlust sei aber beständig fortgeschritten. Der Durchschnittsverlust beträgt kaum 2 Pf. pro Stunde, eine kleine Entlastung sei bei der Gummifabrik erzielt. — Der Deputierte von Sachsen-Anhalt berichtet, von dem mittleren auf Bauten bestätigten Mit-

gliedern sei eine kleine Lohnherhöhung erzielt. Wenn 70 Mitglieder seien jetzt vorhanden, so ist dies bestimmt, die Spartenverfassung und Deputationsordnung bestellt. Die Mitglieder müssen fort zur freien Wahl. Diese hat eben keinen Aussichts, das Mitglieder zu verzögern, jetzt an 100 Deputaten, doch nur die Deputationsordnung überall sehr groß; und ist doch ein großer Wahlkreis vorhanden, da allein 3000 Mann auf den Wahlkreis beschäftigt sind, wodurch nur ca. 300 Deputierte aller Branchen zu verzögern sind. Daß es sich in der Deputationsversammlung sehr viel Besprechungen gemacht, die Zahl der Mitglieder ist in kurzer Zeit um das Doppelte gewachsen, jetzt ca. 150 Mitglieder.

Daß hätte nun näher gelegen, als daß die Fabrik-Leitung die Wardsäcke erhöht und für schlechte Beschäftigung (natürlich nicht mit Streikförderung) gesorgt hätte? Aber weit gefehlt! Dann mitteilt sie in den eigenen Geldbündel greifen. Das ging nicht.

Also fing man die Sache in einer den Geldbündel der Gesellschaft schonender Weise an: Man erhöhte mit dem größten Theil der in der Kolonne beschäftigten Arbeiter die Wochenlöhne! Diese werden nämlich von dem Vertrag des gemeinsamen Alfordlohnes abgelebt. Der Theil derjenigen Arbeiter, deren Sohn nicht erhöht, der bezahlt also im wahren Sinne des Wortes die Kosten für diese „Lohnherhöhung“. — Wahrlich, höchst „arbeiterfreudlich“ ist diese Fabrikleitung!

— Die Sperré über die Frau-Schneidemüller in Spanien ist aufgehoben.

Erfolgreich war das Vorgehen der auf der Müller'schen Papierfabrik zu Neumünster beschäftigten Kollegen, sie haben sich durch Verhandlungen eine 1½ stündige Mittagspause und Sonnabends bestellt, ohne Streik, Verkürzung der Arbeitszeit errungen. Die Arbeitszeit war sonst von Morgens 6—12 Uhr Mittags und von 1½ Uhr Mittags bis Abends 7 Uhr. Die Arbeiter forderten 1½ Stunde Mittagspause und Sonnabends sollte die Arbeitszeit um 6 Uhr beendet sein. Die Mittagspause von 1½ Stunde ist bewilligt und Sonnabends wird von 1 bis 5 Uhr gearbeitet.

— Der Streik der Arbeiter in den Holzschneideanstalten bei Elster-Sielbek hat mit einem kleinen Erfolge der Arbeiter geendet. Streikbrecher waren trotz mehrwöchentlicher Dauer des Streiks nur in geringer Zahl gekommen. Die im Hirsch-Dunder'schen Gewerbeverein organisierten Schneidemüller hatten wieder die Arbeitswilligen gespielt. Zum Friedensschluß wurden die Streikenden erst geneigt, als angekündigt wurde, es siehe das Gutekommen einer großen Zahl von Arbeitern aus Südtirol herein. Da begnügten sie sich mit dem Angebot der Unternehmer, daß Sommer und Winter ein Stundenlohn von 20 Pfennigen gezahlt werde. Gegenüber den Löhnen vor dem Streik, besonders im Winter, ist das ein leidlicher Fortschritt.

Gau 4.

Die dritte Konferenz tagte Sonntag, den 19. Mai, im „Thüringer Hof“ zu Bernburg. Um 11 Uhr eröffnete Kollege Höhle-Salze die Konferenz. Anwesend waren die Vertreter von 12 Zahlstellen mit 2150 Mitgliedern. Den Bericht des Gauvorstandes erstattete Kollege Höhle. Er führt die Arbeit, die er aus, sei das nicht erreicht worden, was hätte erreicht werden sollen. Die Versammlungen hätten den erhofften Erfolg nicht gebracht, es hätte dieser viel größer sein müssen. Er folgert daraus, daß sich die großen allgemeinen Agitationssitzungen übersehen haben, die Zahlstellen sollten vielmehr. Ihr Angemerk darauf richten, unter den bestehenden ihrer Orte unbedrängte und schriftliche Agitation zu betreiben. Kollege Haase aus Dessau eröffnet die Diskussion. Er führt aus, daß die Gleichgültigkeit unter den Arbeitern sehr groß sei. Die Kollegen an den einzelnen Orten können am besten die Mittel, die angewandt werden müssen, um diese Gleichgültigkeit zu bekämpfen. Er tabelliert, daß die letzte Agitationssitzung in der ersten Maiwoche begonnen habe. Es müsse zu jeder Sitzung eine rechte reibungsreiche Kraft genommen werden. Kollege Behold aus Dissen berichtet, daß die Sitzungen nicht zum Quotientenwert erzielt werden und sagt, daß der Gauvorstand, anstatt alle Einzelheiten über das Leben der Versammlungen mit den Deputierten zu berathen, mit Mitgliedern verhandelt habe. Außerdem aber wird auch von verschiedenen Deputierten bestellt, daß es schwer sei, solche Sitzungen zur Durchsetzung überzubringen. In Magdeburg steht sehr auf die erhobenen Beschwerden ein. Es sei schwer, allen Anträgen gerecht zu werden. — Der Rösenbericht wurde nun vorgelegt. Er lautet:

Einnahme:		Ausgabe:
Bericht 6. Mai 1900	65,30 Pf.	Drucksachen u. Jrs.
Bon. Vorstand am 1.	jerata . . .	86,35 Pf.
Prozenten . . .	290,—	Porto . . . 10,20
Bon. Heinrich, Deput. 1.—	Agitation . . .	461,20
Berichtungs-Ein- nahmen . . .	Brüderlichkeit . . .	9,—
	Bestand . . .	31,30
	Summe: 601,05 Pf.	Summe: 601,05 Pf.

An Antrag des Kollegen Schmitt aus Bernburg wird beim Rösenbericht erörtert. Darauf erläuterten die Deputierten Bericht. Daraus geht hervor, daß sich nur an einigen Orten der Mitgliedsbestand gehoben hat, einige haben den Mitgliedsbestand erhalten, an vielen Orten ist eine Eindringung in Mitglieder festgestellt. Über politische und gerichtliche Anfechtungen berichtet Johaert-Bernburg. Das hat die Einreichung der Bürgeldebitur verlangt. Die Mitgliederberichterstattung bestätigt nichts eindeutig, weil nach ihrer Meinung der § 2 des Anhalter Vereinsgesetzes dazu nicht verpflichtet.

Um das Beobachtungsergebnis der Delegation, dass die von den verschiedenen Selbstfördern gezeigten Methoden nicht gebracht. Trotzdem erwartet Deutschtum in der vorausen geltenden Strafe nur 15 Ekt. — Der Rückgang in Bernburg ist darauf zurückzuführen, dass vertriebene Mitglieder, die den Verband verlässt und wiedereintritt, nicht beteiligteten, mit neuen Anhängern verbünden werden müssen und darum eine Reihe gewissen Verlustes insbesondere. Zugleich ist die Zahlreiche nicht im Wachstum begriffen. Auch der Delegat rapportiert und Steguhn berichtet von einer Lage, die noch nicht endgültig ist. College Brini aus Salze berichtet vom Polizeieinsatznommen am jemelten Orte und empfiehlt der Generalversammlung durch einige weiteren, weniger wichtigen Mittheilungen noch zum folgenden Punkt der Tagesordnung: "Wie wollen wir unsere Agitation entfalten?" übergegangen. Dabei will nicht College Horn-Magdeburg, der der Gauvorstand mehr Agitation entfalten Jede als im Vorjahr. Ein Antrag des Kollegen Gräfe-Bernburg: "Die Generalversammlung möge beschließen, in jeder proklamirten Zahlreiche eine Agitation-Kommission zu nominieren", wurde abgelehnt. Die Errichtung einer Krankenentrüfungsstelle wurde angezeigt. Diesen wurde für Magdeburg freigegeben. Dasselbe empfiehlt den Gauhauptmann, auf eigene Kosten Mitarbeiter zu besorgen. Kollege Schubert-Bernburg fügt aus, dass sie das bereits gehabt haben. Zum Schluss wird ein Antrag Brieckel beschlossen, den Gauvorstand zu verpflichten, eine oder zwei Agitationsschulen zu veranstalten. Alsdann wurde zur Wahl des Generalsekretärs abgestimmt. Gewählt wurde Kollege Brieckel aus Dessau. Seither überwand auf Aufforderung des Kollegen Hölzke sofort die Befürchtung der Konferenz. Als Ort für die Tagung der nächsten Deputation wird Berlin bestimmt. Beim letzten Punkt, "verschiedene Erwähnungsgelegenheiten", macht Kollege Henning-Wien den Wunsch geltend, dass auch kleine Orte, an denen gröbere Rokate nicht zur Verbilligung stehen, bei den Examen berücksichtigt werden sollen. Von den Kollegen Voigt-Barby und Heide-Södhen wurden die beständigen Arbeitsverhältnisse geschildert, vom Letzteren eine Beschwerde gegen den Vorstand in Hannover vorgebracht. Mit einer erstaunlichen Aufforderung, tüchtig für den Verband weiter zu arbeiten, schloss der Kollege Brieckel die Konferenz.

Colleginnen, Stollegen!

Denkt an den Streifjond! Steben den
Marken à 25 und 50 Pfz. sind auch Listen
von uns zu haben.

**Met folleg. Grup
Aug. Brey.**

Wichtung!

Die Harburg-Wiener Gummisfabrik sucht
an Orten mit Gummifabriken Arbeiterinnen.
Den Renten wird der von uns abgedruckte
„Kontrakt“ vorgelegt. Unsere Renten haben da-
für zu sorgen, daß an Orten, wo die bürgerliche
Presse die prahlserischen Annoncen der Gumi-
fabrik bringt, die Arbeiterinnen erfahren, was
in Harburg los ist.

Correspondenzen.

Aischerleben. Unsere Mitgliederversammlung tagte Sonnabend, den 1. Juni, in Schräber's Betrl. Der erste Bevollmächtigte brachte ein Bürkular des Vorstandes zur Verleilung. Nach einer längeren Debatte wurde beschlossen, nach Abnahme der Berechnung für das zweite Quartal dem Streitfonds eine Summe zu überweisen. Mit dem Bericht vom Gewerkschaftsskittel erklärte sich die Versammlung einverstanden. Unter „Verschiedenes“ wurden mehrere Missstände hiesiger Fabriken getadelt. Auch die Ackerbauernschaft des hiesigen Magistrats wurde einer Verurtheilung unterzogen, die nicht günstig ausfiel. Ein alter, beim Magistrat in Arbeit stehender Kollege hatte des furchtbaren Verbrechens sich schuldig gemacht, eine Stunde früher Mittag zu machen. Er wurde sofort entlassen. Recht human!

Berlin. In der Versammlung am 29. Mai fiel wegen des schwachen Besuches der Vortrag aus. Das Gedanken des verstorbenen Kollegen Knebel wurde in üblicher Weise geehrt. Kollege Bruns sprach über die Strangipenden und befürwortete deren Wiedereinführung. Die Kollegen Opiz und Sonnenburg traten dem entschieden entgegen, und Kollege Hauß machte darauf aufmerksam, daß es nicht angängig sei, den bezüglichen der Strangipenden geltenden Beschluß wieder zu ändern. Es ward dann noch bekannt gegeben, daß die Kollegen von Westen und Leyel uns zu einer gemütlichen Zusammenkunft in der Tegeler Uingegend eingeladen haben.

Berlin. In Hammelsburg tagte am Sonntag, dem 19. Mai, eine öffentliche Versammlung der auf der Emilinfabrik beschäftigten Arbeiter. Neben das Thema: „Ist zwischen Kapital und Arbeit eine Harmonie möglich?“ referierte Kollege Schlegel. Er führte aus: Die Herren im eigenen Hause schimpften immer auf die Agenturen, weil diese den Arbeitern den Stoff verdrehten und sie verhegneten. Dabei hörten doch die wirklichen Verhältnisse, in denen die Arbeiter leben, der Kritik weite Angriffsflächen. Das Unterkommen habe sich sei offensichtlich nicht entsprechender, wie viele meistliche Wohnungen. Die Vertheilung der Arbeit, die Ober- und Untermeister, Inspektoren und Kalkulatoren veranlassen ein fortgesetztes Streben, damit der lange Lohn, den der Arbeiter erhält, sich verdoppelt und verdreifacht. Um diese Ausbeutung der Arbeiter zu bekämpfen, ist es erforderlich, daß diese sich organisieren. In der Emilinfabrik ist die Arbeit an und für sich gesundheitsfördernd, trotzdem müssen noch viele Überstunden gemacht werden. Früher erhielt noch jeder Arbeiter am Jahresende eine Gratifikation; diese erhalten heute nur noch die Meister. Früher gab es sogenanntes Rentenengeld im Betrage von 5 Mark für die Bewölbung der Garderobe, heute ist der Betrag auf 2,50 Mark herabgesetzt. Die Arbeiter haben vor Jahrestrift eine Gehaltsabnahme gefordert, auch einige Biennige erhalten, mit welcher sie jetzt einen Sohn von 17—20 Mark haben, deshalb hat man ihnen die Gründergütungen genommen. Eine herrliche Boehmische! Ein Kollege erläuterte die Zusammenkünfte der Delegierten und deren Vorgehen bei der Direction. Die Arbeiter erfahren nie etwas über die Bezahlung solcher Zusammenkünfte. Ein anderer Kollege begnüftet überhaupt, daß die Delegirten jemals für die Arbeiter eingetreten sind. Die Schlosser bei der Direction vorstellig geworden wegen der Gratifikation. Sie erhielten zur Antwort, es sei kein Geld da, die Arbeit ginge zu schlecht. Im Schlusswort betonte der Referent, daß Niemand den Wohl gehabt habe, die Fabrik zu vertheidigen, seine Ausführungen trafen offen und schärfer.

Bürgel a. W. Montag, den 20. Mai, legte im Rotale des Städtegymnasiums eine Veranordnung, die zunächst einen anderen Bevollmächtigten in Vortrag zu bringen hatte. Bürgeschlossener wurde Kollege Mehlert, als Revisor Kollege Schuhmann. Der Kollege Blaier besprach die jetzt aufgebrochenen Streitfälle und forderte zu deren Unterstützung auf. Aus dem Budget wurden dem Streitfonds 10 Mf. überwiesen. Ferner wird beschlossen, 50 Streitnäuten à 25 Pf. zu bestellen. Das Gesuch eines frakten Kollegen wegen Unterstützung wurde vorläufig abgelehnt werden.

Erinnerung. Röhrich, am 29. Mai, angeklagt im Straf-
gericht, Abwehrerster, Abwehrerster 1, eine ungeschriebene
Erinnerung. Auf der Anklageurkunde stand: Der
Kriminelle, der die Verhandlung mit dem Ehemaligen
Sohn, Sophienstraße 1, diese Person hatte am 22. Mai

organisierte Schleifer ohne Angabe von Gründen entheben der Kommission der Schleifer erlaubte Herr Staats, das einen schlechten Bild, der andere ein böses Bild habe. Einziges Grund der Entlassung war aber der, daß sich diejenigen eine Schwerpunkt nicht gefallen lassen wollten. Beklagten der Kommission, die beiden Gattungen wieder einzuladen, lehnte Herr Staats einstimmig ab, meinte vielmehr zu 22 seiner Fabrikordnung außerordentlich, welche festgelegt, bestimmen kann, wen er will, und wenn das nicht posse, den welche er viel älter und betonte noch, daß er sich im Geschäften überhaupt nicht sprechen lasse. Hierauf legten die auswendig, den 22. Mai, königliche Schleifer die Urtheile ab. Die Nachstüdigen sind der falschen Herbergezugang, daß man bei Sieg sicher ist. Streitbaudier haben sich noch nicht gefunden, wofolge sieben königliche Schleiferinhaber stillen waren ein Schreiben des Hauptvorstandes an den Vorstand gegeben betreffs der Unterstützungsfrage, wodrin sich Kollegen als ablehnend beschreibt. Dieses Schreiben wurde einer Schriftstellerin untergezogen, welche Schleifer meinten, wenn uns Schleifer verdeckt werden, müßten wir auch Rechte haben. (Schriftstellerin) man mein Schreiben, aber nicht widerlegen, es enthält es! Es behandelte die Unterstützungsfrage der Nachstüdigen Schleifer, von denen einer Häger als nach 2 Wochen Mitglied ist, zunächst gar nicht ob diese unterstützt werden sollten oder nicht, das zu entscheiden, in den Händen des Vorstandes, nicht bei mir. Die Eröffnung des Vorstandes stand aber noch aus! Wie war am Charlottenburg ein zweiter Brief angegangen, in welchem mittheilt wurde, daß wohl die ganze Fabrik, welche über hundert Mann beschäftigt sind, den Ausstand treten würde. Von den über hundert Mann waren 36 organisiert, wie lang man war gar nicht gesagt. Darauf hin habe ich die wichtigste Wartung nach Charlottenburg geschickt, nämlich den Fall des allgemeinen Ausstandes.

keine anderen Ergebnisse gefunden — demnach eine weitere Sicherung der Beobachtungen zu erwarten.

glebervorstellung im Falle des Abwesens ~~der~~ Zentral-
sitzes 70. Auf der Tagessitzung stand das Thema: „Gründen
wir eine Bibliothek?“ College Minstens beglückte in kurzen
Ausführungen diesen Punkt der Tagessitzung, war aber der
Meinung, daß wir eine Bibliothek im richtigen Sinne des
Wortes wohl nicht gründen könnten. Erstens fehlten aus die
Mittel dazu und dann die Lefer, denn so außerordentlich sei
der Drang nach Büchern noch nicht unter unseren Mitgliedern.
Zweitens müßten wir aber doch die eifigen Leser und die nach
Schrift strebenden Mitglieder unterscheiden, denn daß wäre
doch zum Ruhm der Organisation; auch könnte, weil die Ver-
sammlungen meistens sehr schwach besucht seien, an anderer
Orttag eines Steiermarken fortfallen und dafür Vorlesungen ver-
anstaltet werden, deßhalb mache er den Vorschlag, der Leitung
pro Quartal 12 Mtl. zur Verfügung zu stellen, damit das ents-
prechende Buch gebraut werden können. Es sprachen noch
verschiedene Redner für und auch gegen die Bibliothek. Be-
schlossen wurde: Bei Büchern, die zum Nutzen für die Organi-
sation sind und die die Benützung braucht, um
in allen Fragen den Mitgliedern richtiges Wissen geben zu
können, bleibt es der Leitung überlassen, diese ohne Beschlüß
der Versammlung anzuschaffen. Hierauf erstattete College
Gramme einen langen Bericht über die Ausstattung der Höch-
ster Kollegen. Beschlossen wurde, dasselben 30 Mtl. aus der
Vollkasse und für den Streitfonds 20 Mtl. im Gegenz. für die
Werken, die in diesem Quartal verkauft werden, zu senden; da
unsere Vollkasse aber nicht besonders besteht, wurde noch be-
schlossen, die Ausgabe von 30 Mtl. in einem Quartal durch
periodisches Erheben für 10 Pf. - Bol. Andenkmäler wieder zu
beden. Sobann wurde noch behlo. am Lokale des Koll.
Staud einen Unterhaltungsabend zu veranstalten und das
Weitere dem Berunde zu überlassen. Hierauf erfolgte Schlüß
der Versammlung um 11½ Uhr.

Garmisch. Die Mitgliederversammlung am 31. Mai beschäftigte sich im 1. Punkt mit dem Streit auf der Garmischfabrik. Gutwirth berichtete über die Situation und das Verhalten der Fabrikleitung. Die Streikenden hätten alles gethan, um eine Einigung herbeizuführen, aber die Fabrikleitung beharrte auf ihrem ablehnenden Standpunkt. Sie verlange, daß alle bei ihr wieder in Arbeit treten und die Mitgliedsbücher ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisation im Fabrikator abgeben. Hierzu habe sie kein Recht; außerdem sind die Betriebsräte Eigentümer der Organisation und nicht der Mitglieder! Genosse Hartens brachte noch einen Artikel aus der „Garmisch-Zeitung“ zur Kenntnis. Die Überschrift des Artikels lautet: „Eine Wahlprobe der Sozialdemokratie“. Es handelt nun vom Streit auf der Garmischfabrik. Die Herren reden nur deshalb von einer „Wahlprobe“, weil es ihnen in den Strudel paßt und weil sie den Streikenden die Sympathie der bürgerlichen Bevölkerung rauben wollen. Nachdem noch mehrere Redner ihrer Meinung über den Streit Ausdruck gegeben, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 31. Mai im Muschelsoale tagende Mitgliederversammlung erklärt die Behauptungen des Pressebüros der Garmischfabrik und die der bürgerlichen Presse, die Arbeiter und Arbeiterinnen der Garmischfabrik seien von einzelnen Agitatoren in den Streit getrieben, für eine Verleumdung. Die streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen erklären aufs Neue, daß die Arbeitseinstellung lediglich aus dem Grunde geschehen ist, weil die Direction für Zahlung der Verarbeitung nach dem neuen System keineständige Zusagen gemacht hatte und bezüglich der Zulage auf Korrektorschule sich vollständig ablehnend verhielt. Die Arbeiterinnen sind am ersten Tage der Arbeitseinstellung bereit gewesen, die Differenzen beigelegen, aber durch die unverhältnismäßige Haltung der Direction kam eine Einigung nicht zu Stande. Daß die Arbeiterinnen zum Frieden bereit waren, beweist die Handlung der Kommission, welche die Forderung von 2 M. auf 1 M. herabsetzte.“ Im Punkte 2 erfolgte die Abrechnung vom erster Quartal.

Lehnin. Sonntag, den 19. Mai, tagte hier unsere Mitglieder-Sammlung. Kollege Bieremeier berichtete über die am 17. Mai unter Vorsitz des Landrats von Lichtenfels mit den Ziegeleibesitzern gepflogenen Unterhandlungen. Die Ziegeleibesitzer gaben die Erklärung ab, zu verhandeln, wenn die Arbeiter aus dem Verbande austreten und im nächsten Frühjahr eine Rauion stellten. Das Stellen einer Rauion sei nach dem geringen Verdienst während des Winters unmöglich. Kollege Elbert-Botsdam ermahnte, unter allen Umständen an der Organisation festzuhalten und nichts zu unterlassen, um die

Forderungen durchzudrücken. Letztere befrieden besonders die Fortsetzung der Arbeitszeit von Morgens 6 bis Abends 7 Uhr, welche die Fabrikanten nicht bewilligen wollen, sondern sie befiehren darauf, daß von 5 bis 7 Uhr gearbeitet werde. Die Herren Ziegeleibesitzer weigern sich, hiesige Arbeiter einzustellen, weil sie dem Verbande angehören. So haben auch die Besitzer Wilhelm und Erich Schulze sowie Ernst und Rudolf Neumann in Görschen Arbeitern gefündigt, ihnen die Entlassung bedroht, falls sie nicht aus dem Verbande austreten würden. Unsere Ziegeleibesitzer haben alle ein so schwaches soziales Gewissen, daß sie es mit dem Wohlergehen der Gemeinden ver einbar halten, wenn sie auswärtige Arbeiter annehmen. Diese erhalten besseren Lohn, sind aber trotzdem nicht so zuverlässig, wie die einheimischen Arbeiter. Während der größte Theil des Verdienstes der einheimischen Arbeiter, wenn sie am Orte beschäftigt würden, der Gemeinde zu gute käme, nehmen die fremden Arbeiter am Ende der Kampagne das Geld mit fort, nur für das Allerwichtigste werden an unserem Orte Ausgaben gemacht. Ein solches Gebahren der Unternehmer ist jedenfalls zu verurtheilen. — Einem frakten Kollegen wurden aus der Solallasse 24 Pf. bewilligt.

Ludwigshafen. Am Sonntag, den 19. Mai, Vormittags 10 Uhr, tagte im Saale Valentin Brunner in Grissenheim eine öffentliche Arbeiterversammlung mit dem Thema: „Die Befreiung der Arbeiter aus der wirtschaftlichen Knechtschaft“, über welches W. Benz, Stadtrath aus Ludwigshafen, referierte. Die Versammlung war im Verhältnis zu der Zahl der in Bezug auf kommenden Arbeiter sehr mäßig besucht. Der Referent verstand es in 1½stündigem Vortrage, den Zweck und Muster der Organisation auseinander zu setzen; er wies hauptsächlich darauf hin, daß man eigentlich im zwanzigsten Jahrhundert nicht mehr nötig habe solle, über ein bestoftiges Thema zu referieren. Den Ausführungen des Redners wurde lebhafter Beifall gesollt. Nachdem der Vortragende J. B. Schreiner noch einige warme Worte geholt, liehen sich 18 Kollegen an-

Marktstadt. Eine am 21. Mai tagende öffentliche Versammlung beschäftigte sich zunächst mit Werksleben-Än-
gelegenheiten. Es wurde bekannt gegeben, daß zwei Kollegen und eine Kollegin in der Wandscharen-Färberei der Aktien-Gesellschaft norm. Louis Walther & Sohn verhaftet worden seien. Hierüber entspann sich eine heftige Debatte, wobei die Kohortenkommission daran gab, nichts unverzüglich zu haben, daß die Abmachungen wieder eingestellt würden, es sei aber erfolglos gewesen. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 21. Mai im „Thüringer Hof“ tagende Versammlung der Fabrikarbeiter und Arbeitern nimmt Kenntnis von dem Vorgehen der Direktion der Firma Louis Walther Nachfolger gegen drei Fabrikarbeiter bzw. Arbeiterrinnen. Die Versammlung verurtheilt das Verhalten der Direktion als gegen die beiden seitigen Abmachungen

verstoßend und den gewöhnlichen Frieden gefährdend. Den drei gemahrgelten Mitarbeitern spricht die Versammlung ihre Sympathie aus und sichert denselben finanzielle Unterstützung seitens des Verbandes zu. Für weitere derartige Maßnahmen behält sich die Versammlung geeignete Schritte vor." Godann wurde ein Bericht des Hauptvorstandes betreffs Hebung des Streifkonds verlesen. Hierzu wurde beschlossen, Streifkondsmarken zu 25 und 50 Pf. an die Mitglieder zu verabreichen.

Neumünster. Sonntag, den 19. Mai, tagte eine außerordentliche Mitgliederversammlung, in welcher über das erfolgreiche Vorgehen der Kollegen auf der Müller'schen Papierfabrik berichtet wurde. Fast sämtliche Kollegen gehörten der Organisation an. Die Kollegen der übrigen Papierfabriken mögen sich daran ein Beispiel nehmen. Ihre lange Arbeitszeit können sie nur durch Anschluß an die Organisation verkürzen. Auch ihr übriges Loos ist verbessерungsbedürftig. Darum rufen wir ihnen nochmals zu: „Kommt herüber zu uns, vereinigt Euch!"

Pommersdorf. Sonntag, den 19. Mai, hielt mit einer Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Behr ab. Als erster Bevollmächtigter wurde Kollege Friß Ulrich, vorgeschlagen, als Revisor wurde Kollege Freier, als Hilfsfaktor Kollege Otto Voigt gewählt. Unter verschiedenes wurden die traurigen Zustände auf der chemischen Fabrik besprochen. Von Morgen früh bis Abends spät wird gearbeitet und die ganze Arbeit in 8 oder 14 Tagen fertig gemacht. Dann heißt es: So und so viele sollen abgelohnt werden. Wenn man diese Sachen aber den Arbeitern vorhält, dann schreien sie: Wir müssen länger arbeiten, sonst verdienen wir nicht genug; daß sie aber den kürzeren dabei ziehen und lieber mitnehmen sollten, damit wir unseren Lohn in einer längeren Arbeitszeit verdiensten, das können sie nicht einsehen. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Seligenstadt. Am 19. Mai tagte im Saale zum Schülenshof eine öffentliche Versammlung, in welcher Kollege Streb-Oßenbach über das Thema: „Die Angriffe der „christlichen“ gegen die freie Gewerkschaft“ referierte. Die Angriffe waren enthalten in einem Flugblatt, welches die „christliche“ Gewerkschaft oder speziell deren Befürger und Befürmter, zu denen sich ja auch hier gewissermaßen der edle Windthorsbund zählt, verteidigt und in der Blätter gegen an ihre getreuen Schäferin zur Verbreitung gebracht haben. Es waren darin die gemeinen und niederrangigsten Lügen enthalten gegen unsere Gewerkschaft, die nur Dertjenige glauben kann, der überhaupt nichts von Arbeiterbewegung versteht. Kollege Streb wies an der Hand zahlreichen Materials nach, daß solche Behauptungen tatsächlich auf einer falschen Grundlage beruhen und ging mit diesen Lügenbolden ins Gericht. Er empfahl den Gewerkschaften, ein Gegenflugblatt zur Verbreitung zu bringen, welches offiziell acceptirt wurde. Kollege Streb erntete für seine Ausführungen reichlichen Beifall. Gegner waren trotz der vielen Bekanntmachungen nicht erschienen, weil sie sich bewußt waren, wie falsch und wie lügenhaft ihre Aussprüche waren. In der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Riechner, Blei und Aker. Dieselben kritisierten scharf das Verhalten der Gegnerschaft und forderten alle Anwesenden auf, in die Organisation einzutreten. Kollege Riechner unterbreitete den Anwesenden eine Resolution mit dem Vorlaut: „Die Anwesenden erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erklären, mit aller Energie für den weiteren Aufbau unserer Organisation einzutreten, damit auch die Hilfsarbeiter einer schöderen Zukunft entgegensehen können.“ Die Resolution fand einstimmige Annahme. Alsdann folz der Vorsitzende, Kollege Riechner, die Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation. Möge diese Versammlung wiederum dazu beitragen, unseren Verband in jeder Weise zu stärken und zu kräftigen.

Spandau. Im Saale des Kollegen Radde tagte am 12. Mai unsere Mitgliederversammlung. Der 2. Bevollmächtigte legte die Übereinkunft vor, die gutgeheißen wurde. Alsdann wurde aus der Mitte der Versammlung verlangt, die Sperre über die farbliche Schneidermühle aufzuheben und den Beschluß im „Proletariat“ zu veröffentlichen.

Barel i. C. Der Lohn der Arbeiter ist in den letzten Jahren um ein Bedeutendes gestiegen, erzählen uns die Blätter der „Arbeiterhaften“ Partei. Daß dies nur zum Theil zutrifft, können und wollen sie nicht zugeben; durch ein solches Zugeständnis würden sie sehr leicht bei ihren Lesern anstoßen.

Die Arbeit, die Lage der Arbeiter zu verbessern, überlassen sie den „Fasen“, zugunsten des Ruhms, die Verbesserung bewirkt zu haben, haben sie diesen freizügig zu machen. Daß der Lohn bei wachsendem Arbeitseinsatz bedeutsam herabgesetzt ist, dafür wollen wir in Klarstellung den Beweis liefern, vielleicht finden sich die „Arbeiterhaften“ bereit, für die Arbeiter einzutreten, damit auch ihnen ein Lohn wird, mit dem sie sich menschenwürdig durchzusetzen können. Die heutige Weltreihe hat vor zwei Jahren andere Forderungen erhalten und mit dem Wechsel der Herren sind auch die bösesten andern geworden; leider sind dieselben nach unten abgerundet. Wir werden neben den jüngsten Preisen die alten Blätter im Klammern befügen. Es gibt für Doppellainen 8,60 Pf. (früher 6,50 Pf.), Blauall 2,10 Pf. (2,60 Pf.), Grünall 1,60 Pf. (2,60 Pf.), Grüner I 1,75 Pf. (2 Pf.), Grüner II 1,20 Pf. (1,50 Pf.), Winterlins 2,10 Pf. (3 Pf.), Berlin 8,25 Pf. (4,50 Pf.), Berlin 16 Pf. 2,40 Pf. (4 Pf.), Berlin 12 Pf. (1,50 Pf.), Blauall 2,25 Pf. (2,50 Pf.), Sommer 2 Pf. (2,60 Pf.), Berliner 2,25 Pf. (2,80 Pf.), Feuer 2,10 Pf. (2,50 Pf.), breiter Röper 2,25 Pf. (3 Pf.) u. s. w. Dabei muß bemerk werden, daß früher die Blätter 75 bis 90 Jahre lang waren, heute aber bei dem erniedrigten Preis von 70 bis 100 Jahren geliefert werden müssen. Wie kann unsre Büchereihaltung zu dieser Aufzählung? Richtig dazu, die Arbeiter müssen sich nach der Tasse freuden, wird die Antwort lauten. Dies Bild kennen wir, die Arbeiter wollen diese rüde Blätter mitbringen.

Wolfsbüttel. Sonntag, den 11. Mai, tagte im Lokale des Schuhmachs Karl Fröde unsere Flugblattversammlung. Diese war gut besucht. Kollege Bonke aus Braunschweig referierte über das Gewerbe- und Unternehmenswesen. Da diesem zur offiziellen Erörterung zugänglich der Redakteur des „Braunschweiger Zeitung“ war, so wurde er zum Redakteur der „Braunschweiger Zeitung“ bestimmt. Es sei noch hinzugefügt, daß er jetzt zum Redakteur der „Braunschweiger Zeitung“ bestimmt ist. Das Blatt zum Schaden der Arbeiter unzureichend zu gestalten, ist eine schändliche Sache. Es ruhte auf einige Beispiele an, wie diese Unternehmungen, zum Beispiel zum Schaden, benutzt werden. Nach einer freien Diskussion des Berichtes wurde ein Delegierter zur Bücherei geschickt, um dort eine Befragung, zusammen mit somitlichen Beiträgen und Ziffern, zu veranlassen. Um Bevollmächtigten zu erhalten, schickte er sofort die Bücherei, welches natürlich die Bücherei der Bücherei bestimmt war. Es wurden die Büchereien angezeigt und Bilder haben mit keine Arbeitsergebnisse der Bücherei in um einer Bücherei. Es wurden die Büchereien aufgefordert, unter den wahllosen Büchern möglichst zu unterscheiden, um einer Bücherei gegen welche Befragung zu machen. Nach einer leichten Befragung wurde die Versammlung zum Abschluß gebracht.

Bremen. Am 21. Mai hielt unsere Zahlstelle ihre Mitgliederversammlung im Gasthofe Rieckert ab. Die Versammlung war gut besucht. Kollege Bering erhielt einen Bericht über die am 20. April in Bremen stattgefundenen Konferenz des 5. Dem Bericht diente uns ein anderer Delegierter, der ausführlich die gute Arbeit lobte, mit mir und etwaten betreute.

selbe nach Schluß reichen Beifall. Nachdem am eine für uns weniger erfreuliche Sache zur Besprechung. Unser erster Bevollmächtigter, Kollege G., sandte uns vor der Versammlung durch seinen Vater und Sohn und sagten, wegen seiner Arbeitsverhältnisse könne er das Amt eines Bevollmächtigten nicht mehr behalten. Dagegen wäre ja nichts einzubringen, aber auf alle Fälle hätte Kollege G. zur Versammlung kommen müssen, um da seine Gründe vorzubringen und der Versammlung anheimzugeben, einen anderen Bevollmächtigten an seiner Stelle vorzuschlagen. Das Verhalten des Kollegen G. wurde von sämtlichen anwesenden Kollegen aufs schärfste getadelt. Dann wurde Kollege Wilhelm Roebert in Goritz als erster Bevollmächtigter einstimmig vorgeschlagen und nahm dieses Amt an.

Büschow. Am Sonnabend, den 18. Mai, tagte in Bredow unsere Mitgliederversammlung. Der Kassenbericht wurde vom Kollegen Jäcke verlesen und wurde denselben Entlastung ertheilt. Die Kollegen Becker und Behnke erstatteten Bericht über das Resultat der letzten Arbeiter-Ausschüttung auf dem „Vulkan“, sowie der kombinierten Versammlungen der Kupferschmiede und Hilfsarbeiter betreffs der Lohnreduzierung auf dem „Vulkan“. Nachdem die Kommission, welche bei dem betreffenden Ressort-Direktor vorstellig wurde, abgewiesen wurde, wurde eine gemischte Kommission von Kupferschmiedegefallen und Hilfsarbeitern nochmals vorstellig, aber auch hier wurde letztere wieder zurückgewiesen, auch die Kupferschmiede erreichten nichts. In der Rentenkassen-Vorstandssitzung wurde ebenfalls darüber verhandelt, aber auch hier war kein günstiges Resultat zu erwarten. Ein Schreiben an die Direktion des „Vulkan“, mit der Kommission und dem Arbeiter-Ausschuß nochmals zu verhandeln, welches von sämtlichen Hilfsarbeitern unterzeichnet war, ist bis jetzt unbeantwortet geblieben, auch hat noch keinerlei Verhandlung stattgefunden. Die Versammlung ist der Ansicht, daß es jetzt augenblicklich zwecklos ist, weitere Schritte zu unternehmen, umsonst, da die „Ausschüttung“ der Kupferschmiede, welche noch zu sehr von dem alten Rostengestein beeindruckt werden, den Hilfsarbeitern gegenüber eine sehr unfehlbare ist, welches sehr zu bedauern ist. Auch die Mitteilung des Zentralvorstandes der Kupferschmiede, diese sollten erst versuchen, für sich selbst etwas zu erreichen und dann könnten sie die Hilfsarbeiter unterstützen, ein gemeinsames Vorgehen wäre nicht richtig, wurde kritisiert. (Wir sind der Meinung, nur durch ein gemeinsames Vorgehen aller in einem Betriebe in Frage kommenden Organisationen kann eher etwas erreicht werden, zumal wenn, wie hier, die Forderungen die gleichen sind. Vor allen Dingen sollten die Berufs-Organisationen die Organisation der ungelehrten Arbeiter, welche doch genau dieselben Interessen vertritt und dieselben Ziele verfolgt, als gleichberechtigt anerkennen und sie nicht mit schlechten Augen ansehen.) Ein Rundschreiben des Vorstandes wurde zur Verlesung gebracht. Über die andauernden Aussprünge in Köslin, sowie den nach einem Schreiben des 1. Bevollmächtigten von Stettin als verloren zu betrachtenden Streik der Siederei-Arbeiter entspann sich eine lebhafte Debatte. Letztere lehrt wurde erwähnt, daß, wenn die Leitung der Zahlstelle Stettin etwas vorsichtiger gewesen wäre, es gar nicht zum Auftand hätte kommen können. Nach Verlesung des Berichts über Köslin in Nr. 10 des „Proletariats“, wonach jetzt 383 Personen mit 670 Kindern zu unterstützen sind, wurde ein Antrag des Kollegen Wendland, dem Streifkond 75 Pf. aus der Postkasse zu überweisen, einstimmig angenommen. Zu der Auseinandersetzung mit den neuen Zahlstellen Solingenhagen und Pölitz teilte Kollege Behnke mit, daß eine spezielle Abrechnung noch nicht stattgefunden habe, den Zahlstellen aber ein Betrag von 36,20 bezw. 6,75 Pf. ausgeschüttet worden sei. Die Versammlung stimmt dem zu. Um eine regelmäßiger Beitragszahlung herbeizuführen, wurde die Haushaltung beschlossen. Hierzu wurden folgende Kollegen gewählt: für Grabow Börsig und Böttcher, für Bredow Lehndorf, Suhrhahn, Maier, Radomski und Kallmann, für Büschow Schmenkel, Wiegels und Nörenberg, für Frauendorf Grenda und Kugel und für Glogau Fehnert. Als Delegierter zum Gewerkschaftskartell wurde Kollege Wendland gewählt. Dem Vorschlag des Kollegen Behnke, am 7. Juni in Bredow eine öffentliche Frauen-Versammlung einzuberufen, in welcher die Kollegin Frau Kähler aus Dresden das Referat übernehmen wird, wurde zugestimmt. Eine Unterstützungsliste wurde zu der Versammlung in Frauendorf zurückgestellt.

Quittung.

Bei der Hauptkasse gingen seit dem 29. Mai folgende Beträge ein:

Waldeheim 10.—, Hudem 1,25.—, Rothenburgsort 520,50.—, Budenheim 26,55.—, Schleiden 29,50.—, Schönebeck 30.—, Holzminden 10,20.—, Mühlheim 68,70.—, Eberswalde 7,15.—, Frankenthal 2,30.—, Bückeburg 2,50.—, Grevesmühlen 36,25.—, Stuhlaus 28,15.—, Barby 37,35.—, Löppin 1,50.—, Wigenhausen 6,60.—, Weizsels 8,20.—, Striegau 25,60.—

Für den Streifkond freiwillig: Glensberg 50.—, Langenmünde 5.—, Ahendorf 20.—, Rothenburgsort 100.—, Nienburg a. S. 10.—, Riel 10.—, Hanover 10.—, Centralbank der Schmiede Hamburg-Uhlenhorst 50.—, Ohlsdorf 5.—, Dom Bissig 3.—, Aus dem Verbandsbüro 6.—, Centralverein der Formschmiede und Hilfsarbeiter, Notitzberg, 2. Stock, 50.—, Cottbus 50.—

Für die freilegenden Kollegen in Cöslin: Nienburg a. S. 10.—, Freivaldau 20.—

Für die freilegenden Kollegen in Harburg: Bodenheim 10.—, Marktstädt 190,55.—

Für Unifrate: Rothenburgsort 3.—

Für Protokolle: Riel 10.—, Bodenheim 2.—, Harburg 70.—, Hamburg-Uhlenhorst 5.—, Frankfurt 4.—

Auf Listen gemeldet: Binden, 3. Rate, 180,—, Hannover R.-D., 2. Rate, 89,45.—, Bremberg, 1. Rate, 200,—, Lübeck, 1. Rate, 200,—, Hannover R.-D., 3. Rate, 80,05.—

Am 11. des „Proletariats“ muß es heißen: Gosensee

für den Streifkond freiwillig 25.—

Von dem am 11. für Binden quittierten Ertrag der Listen in Höhe von 42,47 Pf. sind 8,17 Pf. durch Gasimith Rode abgezogen worden.

Schluß Dienstag, den 11. Juni, Mittags 12 Uhr.

Berlorene und für ungünstig erklärte Bücher
Sach-Nr. S. III 4317, ausgeholt für R. Waeke am 16. Dezember zu Hamburg.

Schiffmann, 15. Mai 1897, Hildesheim.

Neue Adressen und Adressenänderungen

Gau 1. (Sis. Dessau) Vorsitzender: Franz Priegel, Dessau, Friedstraße 9, 1. Et.

Halle. (Gau 12) Carl Grams, Gartenstraße 14.

Badische Kreisgruppe beim 2. Bevollmächtigten Christian Wibeler, Gerberstraße 39.

Bürgel (Main). Herm. Müller, Pfennigstraße 20.

Gau 1. (Main) Hein. Seifert, Pfennigstraße 20.

Dietrichstein (Main) Hein. Seifert, Pfennigstraße 20.

Kiel. Carl Gräber, Wolfsburgstraße 15.

Forch. (Gau 12) August Schröder, Waldenbergstr. 267.

Pommersdorf. Friedrich Ulrich, Alleestraße 21.

Bottschapel. Petermann Max Schreyer, Zweibrücken.

Ulm. (Gau 12) Paul Schäffer, Schäffergasse 5.

Berlin. Emil Steyer, Mühlstraße 5.

Bethan. (S.-L.) Will. Förster, Göttingen.

Sterbetafel.

5294. G. Henning, geboren am 4. Februar 1876, eingetreten am 15. Mai 1893, gestorben am 3. Juni zu Wandsee.

S II. 10 195. Fr. B. Bohmann, geboren am 18. Dezember 1845, eingetreten am 8. Mai 1897, gestorben am 2. Juni zu Magdeburg.

57472. Fr. Chr. Dor. Rothburt, geboren am 6. April 1874, eingetreten am 16. April 1899, gestorben am 4. Juni zu Harburg.

020 925. Eug. Nebe, geboren am 3. März 1845, eingetreten am 12. November 1896, gestorben am 28. Mai in Berlin.

4266. Friedrich Kriegel, geboren am 15. September 1872, eingetreten am 20. Januar 1897, gestorben am 27. April zu Tangermünde.

Inserate.

Das Protokoll vom 5. ordentlichen Verbandstag zu Halberstadt

ist noch in einer Anzahl von Exemplaren vorrätig, welche zum Preise von 10 Pf. pro Exemplar portofrei zu bestellern zu gesandt werden. (Nicht verkaufte Protokolle werden nicht zurückgenommen.) Den nach dem Tagen des Verbandstages hinzugekommenen Verbandsgenossen und Zahlstellen sei hiermit die Ausschaffung empfohlen. Es ist unbedingt notwendig, daß jedes Mitglied die Entwicklungsgeschichte des Verbandes und die Verbandsagreements kennen lernt.

Bestellungen sind an den Unterzeichneten zu richten:
Aug. Brey, Hannover, Schillerstraße 5, 2. Et.

Zahlstelle Charlottenburg.

Sonntag, den 16. Juni 1901, findet in Hoffmann's Volksgarten (Westend), Kastanienallee Nr. 1, unter

2. Stiftungsfest

statt. Bei eintretender Dunkelheit Kinder-Polonoise.

Zu zahlreichem Besuch lädt ein

Eintritt 30 Pf. [1,35 M.]

Das Komitee.

Achtung!

Achtung!

Zahlstelle Frankfurt a. M.

Am Sonntag, den 30. Juni d. J., Nachmittags von 3 Uhr ab, findet unter diesjähriges

Waldfest im Park Luisa

an der Mörfelder Landstraße, bestehend in Konzert, Gesang, großem Preis-Schießen-Schießen, sowie sonstigen Volks- und Kinderspielen statt. Erinnerungskarten à 10 Pf. sind bei allen Beitragserhebungen und bekannten Kollegen und Kolleginnen zu haben. Alle Freunde und Bekannte, Kollegen und Kolleginnen, sowie deren Familienangehörige laden hiermit freundlich ein.

Das Komitee.

Unser Verbandskollegen

Karl Krämer nebst Gemahlin

zu der am 16. Juni d. J. stattfindenden silbernen Hochzeit senden die herzlichsten Glückwünsche [3,15 M.]

Die Mitglieder der Zahlstelle Frankfurt a. M.

Zahlstelle Harburg.

Verbandsgenossen, Frauen und Mädchen!